

Worte

Autor(en): **Johannes Paulus. II, Papst, 1920-2005**

Objektyp: **Postface**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **93 (1999)**

Heft 2

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kind», die bislang draufgängerisch, aber unrealistisch operierten. Bei der Lancierung erklärten sie vollmundig, sie wollten die notwendigen 100 000 Unterschriften innert vier Monaten einreichen (zur Verfügung stehen anderthalb Jahre). Ja noch mehr: Müggler, der in Basel als Geschäftsführer amtiert, sprach davon, innert vier Monaten 180 000 Unterschriften beisammen zu haben. Das wäre Anfang Oktober gewesen. Mitte Dezember war auf der Homepage www.mamma.ch noch immer eine drei Monate alte Pressemeldung zu lesen, die behauptete, es seien über 50 000 Unterschriften beisammen. Im Dezember mochte Müggler keine Auskunft über den aktuellen Stand geben: «Wir haben die Devise, jenen, die uns negativ behandeln, bewusst keine Informationen zu geben.»

Der harzige Verlauf der Unterschriftensammlung bedeutet auch, dass der reisserisch aufgemachte Prospekt in alle Haushaltungen ein Flop war. Mit etwas Kopfrechnen lässt sich schätzen, dass für jede Unterschrift, die so gesammelt wurde, rund zwanzig Franken investiert wurden.

Zweimal Vorbild USA

Bis zum 2. Dezember 1999 – das ist die offizielle Deadline – dürfte die Initiative dennoch zustandekommen. An der Urne wird sie zwei, drei Jahre danach jedoch keine Chance haben. Gut möglich, dass es tatsächlich eine «25-Prozent-Übung» wird. In den Augen der Initianten kann das dennoch ein Erfolg sein. «Es ist wahrschein-

lich, dass wir die tonangebende Organisation werden», erklärte Müggler gegenüber der WoZ. Ein Volksbegehren als Mittel zur *Selbstprofilierung*.

Die Initiative bedeutet auch einen markanten Schritt in der *Politisierung des christlich-fundamentalistischen Lagers*. Bislang galt ja alles in allem, dass diese Kreise den offiziellen Kirchen vorwarfen, zu sehr zu politisieren, sich zu sehr in das gesellschaftspolitische Diesseits einzumischen – statt den Kirchengang und das Gebet zu pflegen. Nun politisieren sich die «Fischli»-Christen, wie sich die evangelikalen und freikirchlichen Kreise mitunter in einem Anflug von Selbstironie selbst nennen (in Anlehnung an den Kleber am Heck des Autos). Vor allem CFT-Präsident Läderach gilt im christkonservativen Lager als klarer Verfechter einer Politisierung dieses Lagers – à la USA.

Allerdings orientiert sich nicht nur die Strategie «*Alleingang*» an US-amerikanischen Vorbildern, sondern ebenso die Strategie, mit der nationalkonservativen SVP ein *Bündnis* einzugehen und dort Boden zu gewinnen. In den USA haben die radikalen Gegner der Abtreibung oder der Homosexualität und andere Tugendwächter insgesamt beängstigend an Einfluss gewonnen, indem sie ihre Position in der Republikanischen Partei systematisch ausbauen konnten. In eine ähnliche Richtung zielt Pro-Ecclesia-Präsident Herbert Meier, der in seiner Partei eine «Christlich-konservative Arbeitsgemeinschaft in der SVP» ins Leben rufen möchte – eine «*Christian Coalition*».

Für die Christen ist die Aufnahme von Fremden und die Solidarität mit ihnen nicht nur Sache der Gastfreundschaft, sondern eine klare Verpflichtung, die sich aus der Treue zur Lehre Christi ergibt. Sorge für Migranten bedeutet für die Gläubigen, dass sie den von weither gekommenen Brüdern und Schwestern einen Platz in den einzelnen Christengemeinden sichern und sich dafür einsetzen, dass jedem von ihnen die allen Menschen eigenen Rechte zuerkannt werden.

(Johannes Paul II. zum Welttag der Migration am 9. November 1998)